



Regierungsrat, 9102 Herisau

Bundesamt für Sport
Rechtsdienst
Hauptstrasse 245-253
2532 Magglingen

Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. 071 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 28. März 2014 / RS

Eidg. Vernehmlassung; Bundesgesetz über die Informationssysteme des Bundes im Bereich Sport, Revision; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Dezember 2013 wurden die Kantonsregierungen im Namen des Bundesrates vom Bundesamt für Sport (BASPO) eingeladen, sich zur eingangs erwähnten Vorlage bis zum 31. März 2014 vernehmen zu lassen.

Der Regierungsrat des Kantons Appenzell Ausserrhoden begrüsst die Revision des Bundesgesetzes über die Informationssysteme des Bundes im Bereich Sport (IBSG) in grundsätzlicher Hinsicht. Im Einzelnen hält er folgendes fest.

Art. 9 Daten

Das geltende Gesetz definiert abschliessend, welche Daten im System enthalten sein dürfen (Art. 9). Demgegenüber werden in Art. 9 des Entwurfs die Daten, die gesammelt werden dürfen, nicht mehr abschliessend genannt («...insbesondere...»). Besonders schützenswerte Daten müssen aber abschliessend genannt sein, sie bedürfen immer einer ausdrücklichen gesetzlichen Grundlage. Aber auch für andere Daten erscheint die Einführung einer nicht abschliessenden Aufzählung problematisch zu sein, die Bestimmung könnte dahingehend verstanden werden, dass jegliche Art von weiteren Daten bearbeitet werden dürfte.

Art. 11 Datenbekanntgabe

Dass Daten den in Abs. 1 genannten Stellen und Personen zugänglich gemacht werden können, ist zu begrüssen. Die für die Belange des Sports zuständigen Behörden der Kantone und Gemeinden sowie des Fürstentums Liechtenstein sollen regelmässig wiederkehrende Abfragen selbst tätigen können. Dies vereinfacht die Abläufe bei kantonalen und regionalen Förderprogrammen (z.B. im ausserschulischen Schulsport oder in der Nachwuchsförderung). So stützen beispielsweise einige Kantone und Gemeinden die Berechnung ihrer eige-



nen Förderbeiträge auf die Daten des Bundes im Bereich «Jugend und Sport» (z.B. Anzahl der Leitenden oder Teilnehmenden oder Beiträge an Angeboten).

In Art. 11 Abs. 1 des Entwurfs wird ausgeführt, dass das Bundesamt für Sport die Daten auf Gesuch hin im Abrufverfahren zugänglich machen kann. Weder aus dem Wortlaut des Entwurfs noch aus dem Kommentar gehen die Einzelheiten zu solchen Gesuchen eindeutig hervor. Das Abrufverfahren beinhaltet die direkte Abfrage von elektronischen Daten per Internet oder über einen anderen elektronischen Zugang, ohne dass die angefragte Stelle aktiv wird. Ein Gesuch macht in diesem Zusammenhang nur dann Sinn, wenn es um die erstmalige technische Implementation eines Abrufverfahrens geht.

7. Abschnitt: Informationssystem zur Kursevaluation

Gemäss Art. 43 Abs. 3 der Verordnung des VBS über Sportförderungsprogramme und -projekte (SR 415.001) vom 25. Mai 2012 kann das Bundesamt für Sport Expertinnen und -Experten von «Jugend und Sport» beauftragen, Angebote einer Qualitätskontrolle vor Ort zu unterziehen, d.h. eine Kursevaluation durchzuführen.

Es soll ausserhalb dieser Vorlage eine gesetzliche Grundlage dafür geschaffen werden, dass das Bundesamt für Sport den Kantonen die Durchführung von Qualitätskontrollen vor Ort übertragen kann und sie dafür entschädigt. Weiter soll Art. 25 (Zweck) wie folgt ergänzt werden (Ergänzung ist unterstrichen): "Das Informationssystem zur Kursevaluation dient dem BASPO und den mitverantwortlichen Dritten zur Evaluation von Kursen und Lehrveranstaltungen, die:

- a. vom BASPO oder von vom BASPO beauftragten Dritten durchgeführt werden;
- b. von Dritten durchgeführt werden und mit Beiträgen des Bundes unterstützt werden."

In Art. 27 (Datenbeschaffung) soll ein neuer Absatz 2 eingefügt werden: „Das BASPO kann die für die Belange des Sports zuständigen Behörden der Kantone und nationale Sport- und Jugendverbände, die für den Vollzug von «Jugend und Sport» mitverantwortlich sind, ermächtigen, Daten zu beschaffen.“

Obwohl das Bundesamt für Sport sich in den verschiedenen Belangen von «Jugend und Sport» finanziell stark beteiligt, ist es wichtig, dass die Durchführung und Umsetzung in den Kantonen einen möglichst geringen administrativen Aufwand verursacht. Die vorgeschlagenen Änderungen können dies unterstützen. Es ist den Kantonen zuzumuten, auch in der Evaluation der Kurse mehr Verantwortung zu übernehmen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Roger Nobs, Ratschreiber